

2622 /A.B. BR/ 2011
zu 2830 /J.... BR/ 2011
Präs. am 19. Aug. 2011

= Der Bundesminister für europäische
und internationale Angelegenheiten

Dr. Michael Spindelegger

Frau
 Präsidentin des Bundesrates
 Mag. a Susanne Neuwirth
 Parlament
 1017 Wien

19. August 2011
 GZ. BMeiA-AT.90.13.03/0063-I.7/2011

Die Abgeordneten zum Bundesrat Kickert, Kolleginnen und Kollegen haben am 21. Juni 2011 unter der Zl. 2830/J-BR/2011 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „inkohärente Menschenrechtspolitik des Außenministeriums in Bezug auf Unterstützung von PRIDE-Veranstaltungen am Beispiel Bratislava und Tallinn“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6:

Österreich ist Miteinbringer der Resolution 17/19 vom 17. Juni 2011 des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen betreffend Menschenrechte, sexuelle Orientierung und Gender Identität und hat dort auch die Initiative einer überregionalen Erklärung über die Rechte von Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen (LGBT-Personen) unterstützt. Zudem unterstützte Österreich 2008 während der 63. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Erklärung zum Thema Menschenrechte und sexuelle Orientierung. Österreich hat in der EU-Ratsarbeitsgruppe für Menschenrechte aktiv an der gemeinsamen EU-Positionierung und der Erstellung eines Toolkits, der Maßnahmen zur Förderung und zum Schutz der Ausübung aller Menschenrechte durch Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen in Drittländern beinhaltet, mitgewirkt und die Annahme dieses Instruments im Juni 2010 unterstützt.

/2

- 2 -

Der LGBT-Toolkit wurde am 19. August 2010 an die bilateralen österreichischen Botschaften in Drittstaaten verteilt. Damit verbunden war die Weisung, die EU-Aktivitäten im Rahmen des LGBT-Toolkit zu unterstützen und die Situation betreffend die Rechte von LGBT-Personen in Abstimmung mit den EU-Partnern zu beobachten und in Fällen von gravierenden Menschenrechtsverletzungen, problematischen Entwicklungen oder relevanten Einzelfällen Bericht zu erstatten. Dabei sollten auch allfällige Vorschläge für Initiativen im EU-Rahmen oder auf bilateraler Ebene gemacht werden. Österreichische Botschaften in EU-Ländern wurden in diesem Zusammenhang ebenfalls angewiesen, über relevante Entwicklungen in ihrem Amtsbereich über Maßnahmen zum Schutz der Rechte von LGBT-Personen zu berichten.

Betreffend die Sicherheit der österreichischen Teilnehmer an den Paraden werden die österreichischen Botschaften im Vorfeld regelmäßig angewiesen, bei den zuständigen Behörden im Empfangsstaat zu intervenieren, damit die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Teilnehmer getroffen werden. Darüber hinaus wird den österreichischen Teilnehmern neben dem allgemeinen Bereitschaftsdienst der Botschaft auch eine Kontaktperson der Botschaft genannt, die für ihre Betreuung zuständig ist.

Der Dúhový Pride Bratislava 2011 fand unter wesentlich anderen politischen Vorzeichen als im Vorjahr statt. Die Vorgängerveranstaltung im Jahr 2010 wurde in der heißen Endphase des slowakischen Wahlkampfs veranstaltet, in der eine sehr angespannte Atmosphäre herrschte. In der Slowakei ist nunmehr eine andere, aus vier Koalitionsparteien bestehende Regierung im Amt. Eine der Koalitionsparteien strebt ausdrücklich die Verbesserung der rechtlichen Stellung von LGBT-Personen in der Slowakei an und hat auch „Fans und Sympathisanten“ zur Teilnahme am 2. Dúhový Pride eingeladen. Die slowakische Regierung hat in diesem Jahr glaubhaft eine geordnete Abhaltung und ausreichenden Schutz der Veranstaltung vor allfälligen Gegendemonstrationen zugesichert, eine Einschätzung, die im Wesentlichen auch von den Organisatorinnen und Organisatoren der Dúhový Pride Bratislava 2011 geteilt wurde. Der Dúhový Pride 2011 verlief am 4. Juni 2011 geordnet und ohne Zwischenfälle.

- 3 -

In den Sitzungen der EU-BotschafterInnen in Pressburg ist eine allfällige Gefährdung des Dúhový Pride bzw. dessen TeilnehmerInnen oder die Erforderlichkeit einer Unterstützungserklärung bei keiner Gelegenheit angesprochen worden. Die Einladung zur Unterstützung der öffentlichen Erklärung zum Duhový Pride 2011 wurde der Botschaft kurzfristig vor der Veranstaltung übermittelt. Diese Erklärung hat nicht den Stellenwert einer EU-Erklärung. Es ist dem Ermessen der Missionschefs überlassen zu beurteilen, ob eine Unterstützung von Regenbogenparaden auch in Form einer Mitunterzeichnung eines gemeinsamen Unterstützungsschreibens von lokalen Botschaftern erfolgen sollte.

Obwohl es keinerlei Bezug auf eine mögliche Gefährdungssituation für die Veranstaltung oder deren Teilnehmerinnen und Teilnehmer gab, nahm der österreichische Botschafter initiativ Kontakt mit der Europaabgeordneten Mag.a Ulrike Lunacek auf, nachdem er von ihrer Teilnahme am Dúhový Pride Bratislava 2011 aus slowakischen Medien erfuhr.

